

Zur politischen Lage

Autor(en): **Oprecht, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **17 (1937-1938)**

Heft 8

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-333137>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

17. JAHRGANG -- APRIL 1938 -- HEFT 8

Zur politischen Lage

Von Hans Oprecht.

In der eidgenössischen Politik stehen bedeutsame Entscheidungen bevor. Sie sind bedingt und beeinflusst durch die in den letzten Wochen und Monaten eingetretenen grundlegenden Veränderungen der Lage auf dem politischen Schauplatz in Europa.

Die politische Entwicklung hat in Europa zugunsten der Diktaturstaaten Fortschritte gemacht. In Spanien führt ein heroisches Volk einen Verzweiflungskampf sondergleichen. Oesterreich ist über Nacht verschwunden. Die Tschechoslowakei versucht, zu einem tragbaren Kompromiß mit den völkischen Auffassungen Hitler-Deutschlands zu gelangen. Der Einfluß des Nationalsozialismus auf dem Balkan nimmt zu. Der italienische Faschismus beherrscht beinahe unbeschränkt das Mittelmeer. Frankreich wird zerrissen von innerpolitischen Auseinandersetzungen. England gefällt sich in der Rolle des mehr oder weniger Unbeteiligten.

Ein neuer Mohammedanismus scheint im Begriffe, die Welt zu erobern. Der Faschismus italienischer und der Nationalsozialismus deutscher Prägung sind seine Verkünder.

Diesen politischen Ereignissen in Europa kommt welthistorische Bedeutung zu. Ihre geschichtlichen und ihre politischen Auswirkungen sind unabsehbar, aber, wenn die Ereignisse sich auch überstürzen: hinter ihnen verborgen zeigt sich ein auf lange Sicht konzipierter Plan, der die Grundlagen der Politik des Nationalsozialismus und des Faschismus bildet.

Die Lage der Schweiz als kleines Binnenland, von mächtigen Nachbarn weitgehend umklammert, deren staatspolitische Grundsätze in klaffendem Widerspruch zur eigenen staatlichen Doktrin stehen, ist, analog derjenigen der Tschechoslowakei, wesentlich anders geworden. In der Schweiz leben zwar keine »unterdrückten« deutschen Minderheiten. Die Schweiz hat staatspolitisch das Sprachen- und Rassenproblem in allen seinen Konsequenzen gelöst. Dessenungeachtet wirkt der Erfolg Hitlers auch auf das Schweizervolk: Anfänglich deprimierend und zeitweilig einen durch nichts gerechtfertigten Defaitismus auslösend. Schließlich hat die feste Ueberzeugung Platz gegriffen, daß die Schweiz

nicht Oesterreich sei. Aber die Lehre aus den Ereignissen um Oesterreich muß zum warnenden Menetekel werden. Seit Jahren hat die österreichische Regierung ohne das Volk, ja gegen das Volk regiert. Sie bewegte sich ständig auf des Messers Schneide, sie konnte ihr Gleichgewicht innerpolitisch nur aufrechterhalten, solange sie von außen durch eine fremde Macht gestützt wurde. Als Mussolini seine schützende Hand dem Bundeskanzler Schuschnigg entzog, war es um die Existenz der bisherigen österreichischen Regierung, aber damit auch um die Existenz des österreichischen Staates geschehen. Die Februar- und Märzereignisse haben dafür den unwiderlegbaren Beweis geliefert.

Die Lage in der Schweiz ist nicht dieselbe. Die Existenz der Schweiz beruht nicht auf dem trügerischen Wohlwollen irgendeiner fremden Macht. Die Schweiz besteht, solange sie als selbständiger und unabhängiger Staat bestehen will, selbst wenn sie einmal vorübergehend, militärischer Uebermacht erliegend, de facto sich nicht halten könnte. Denn in der Schweiz sind Volk und Staat über die Sprachen, Rassen und Klassen hinweg identisch. In der Tat: Die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes können die Existenz der Schweiz auch in der Zukunft allein verbürgen.

Das Schweizervolk kann, obwohl die Politik der dringlichen Bundesbeschlüsse in den letzten Jahren den Bund beherrscht hat, noch frei entscheiden. Das Schweizervolk kann selber noch wählen. Es kann sogar noch in den Kantonen und Städten Sozialdemokraten zur Mehrheit führen. Aber die innerpolitische Entwicklung der vergangenen Jahre hat die staatspolitischen Probleme im Bund derart gehäuft und zu einem Knoten geschürzt, daß ein längeres Hinausschieben ihrer Lösung weder angängig noch möglich ist. Die Schweiz muß dabei zu den Grundsätzen ihrer demokratischen Verfassung zurückkehren. Sie darf nicht den selben Weg wie Oesterreich gehen. Wir stehen damit an der Wende. Die zu treffenden Entscheidungen sind für unser Land von lebenswichtiger Bedeutung.

Die Finanzreform im Bund, die dem Staat die notwendigen finanziellen Mittel zum wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau zur Verfügung stellen muß, kann nur auf dem Wege überparteilicher Verständigung und mit Hilfe des Volkes realisiert werden. Sie hat der Zentralgewalt, aber auch der Erhaltung der finanziellen Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Kantone zu dienen. Die neue Wirtschaftsgesetzgebung kann ebenfalls nur als ein Werk der Verständigung zwischen den Parteien und Klassen zu einem guten Ende geführt werden.

Die Militärpolitik muß getragen sein vom ganzen Volk und vom uneingeschränkten Vertrauen zwischen Volk und Armee.

Die gesamte Staatspolitik kann und darf nur noch mit dem Volk und seiner parlamentarischen Vertretung auf der Grundlage der demokratischen Staatsverfassung den lebensnotwendigen Entscheidungen entgegengeführt werden, die die Not der Zeit erfordert und die allein die Zukunft der schweizerischen Demokratie verbürgen.

Voraussetzung der Verwirklichung solcher Staatspolitik in der schweizerischen Eidgenossenschaft bildet die gegenseitige Verständigung. Sie soll, sie muß möglich gemacht werden. Auf Seite der Arbeiterschaft ist der entschiedene Wille dazu vorhanden.

Aber die Verständigung darf auch nicht den bloßen Anschein einer Demütigung für die Arbeiterschaft enthalten. Sie muß auf dem Boden der Gleichberechtigung, in freiem Ausgleich der Kräfte, auf einer gerechten Grundlage in sozialer, wirtschaftlicher, finanzieller und staatspolitischer Hinsicht erfolgen.

Es wäre eine Art Minimalprogramm der Wirtschafts-, Finanz- und Staatspolitik zum Zwecke des Wiederaufbaus auf demokratischer Grundlage zwischen den großen Parteien des Landes zu vereinbaren. Erstes, vornehmstes und dringlichstes Ziel der Verständigung bildet dabei die Arbeitsbeschaffung, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Kleinliche Interessengegensätze hätten vollständig in den Hintergrund zu treten. Die Verantwortung für die Landespolitik wäre von allen Volksschichten zu gleichen Teilen zu tragen. Die Umbildung der Landesregierung wäre die logische Folgerung solch neuer Bundespolitik.

Die Erklärungen des Bundesrates und der Landesparteien bei Anlaß der Eröffnung der Session der Bundesversammlung, die am 21. März zur außen- und innerpolitischen Lage der Schweiz abgegeben worden sind, bilden den Ausgangspunkt für die angestrebte Verständigungspolitik. Den schönen Worten haben ebenso schöne Taten zu folgen.

Wohin steuert die Schweiz? So haben wir vor Wochen schon gefragt. Unsere Antwort ist allgemein bekannt. Wie lautet die der andern?

Die Notwendigkeit der politischen Schulung in der Demokratie

Von Dr. Arthur Schmid.

I.

Die politische Tätigkeit ist in der Demokratie etwas Gegebenes. Die Anteilnahme *aller* an der Gestaltung der gemeinschaftlichen Einrichtungen, der Gesetze und der staatlichen Ordnung ist eine Voraussetzung der Demokratie.

In der Diktatur ist es anders. Dort ist der Machthaber, der Diktator, der entscheidende Faktor in der Politik. Auch in der Monarchie und in andern, nicht demokratischen Staatsformen sind immer einzelne dazu berufen, Politik zu machen. Man wird unter Umständen die Lösung politischer Aufgaben Leuten zuweisen, die eine bestimmte Kenntnis des betreffenden Gebietes besitzen. Aber nicht die Fachkenntnis als solche ist in der Diktatur entscheidend, sondern der politische Wille des Diktators.